

## UGANDA

PETER GIRKE  
MATHIAS KAMP

Mai 2011

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)**„Walk to Work“**

IN WELCHE RICHTUNG BEWEGEN SICH REGIERUNG UND OPPOSITION IN UGANDA?

**Am 12. Mai wurde Yoweri Museveni für eine weitere Amtszeit von fünf Jahren als ugandischer Staatspräsident vereidigt. Die teure und feierliche Vereidigungszeremonie wurde jedoch von massiven Protesten und gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften überschattet. Die Vereidigung fiel mit der von tausenden von Demonstranten umjubelten Rückkehr des Oppositionsführers Kizza Besigye nach Uganda zusammen. Vorgegangen waren einige turbulente Wochen, die von regelmäßigen Protesten gegen hohe Benzin- und Lebensmittelpreise und vom gewaltsamen Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Demonstranten und Oppositionspolitiker geprägt waren. Noch zwei Monate zuvor, kurz nach Musevenis überwältigendem Wahlsieg, hätten wohl die wenigsten Beobachter eine derartige Entwicklung erwartet. Nun jedoch sieht sich das Land mit einer der größten politischen Krisen in der seit über 25 Jahren andauernden Amtszeit Musevenis konfrontiert. Der folgende Bericht gewährt einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen und deren Hintergründe.**

**Ausgangslage nach den Wahlen 2011**

Die Wahlen im Februar hatte Amtsinhaber Museveni mit einer Zweidrittelmehrheit klar für sich entschieden. Das eindeutige Ergebnis wies auf einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung hin. Gleichzeitig jedoch gab es zahlreiche Vorwürfe von Einschüchterung, Manipulation und Stimmenkauf. Auch Wahlbeobachter der Europäischen Union kritisierten zahlreiche Mängel. Die Opposition bezeichnete den Wahlsieg von Museveni als

„gestohlen“ beziehungsweise als „gekauft“ und lehnte das Wahlergebnis ab.

Insgesamt waren die Wahlen relativ friedlich verlaufen, und auch nach den Wahlen blieb die Lage zunächst stabil. Die Opposition kündigte zwar eine „Kampagne des langfristigen zivilen Widerstands“ an, konkrete Proteste blieben jedoch zunächst aus. Die Opposition erschien enorm geschwächt und das kurzfristige Potential einer Protestbewegung wurde von allen Seiten als gering eingeschätzt. Gleichzeitig jedoch warnten kritische Stimmen vor den absehbaren wirtschaftlichen Herausforderungen und ihren politischen Implikationen (vgl. auch KAS Länderbericht Uganda, Februar 2011, sowie KAS Auslandsinformationen, Mai 2011).

**Wendepunkt: Die „Walk to Work“-Kampagne**

Der Wendepunkt kam unerwartet schon wenige Wochen nach den Wahlen. Am 11. April begann die sogenannte „Walk to Work“-Protestkampagne. Kern der Kampagne ist der Aufruf, aus Protest gegen steigende Benzin- und Lebensmittelpreise jeden Montag und Donnerstag zu Fuß zur Arbeit zu gehen. Die im Ansatz friedliche Protestform wird vordergründig von zivilgesellschaftlichen Aktivisten organisiert, die sich im eigens dafür gegründeten Aktionsbündnis „Activists for Change“ (A4C) zusammengeschlossen haben, aber es ist offensichtlich, dass die Oppositionsparteien die treibenden Kräfte sind. Führende Mitglieder der größten Oppositionsparteien setzten sich medienwirksam an die Spitze der Protestbewegung. Dass die Proteste innerhalb weniger Wochen eine überraschende Eigendy-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## UGANDA

PETER GIRKE  
MATHIAS KAMP

Mai 2011

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

namik entwickelten, zunehmendes - auch internationales – Medieninteresse weckten und in der Folge die ugandische Regierung in Bedrängnis brachten, liegt wohl vor allem an der von vielen Seiten als unverhältnismäßig kritisierten Reaktion der ugandischen Sicherheitskräfte, die mit wachsender Brutalität gegen Demonstranten vorgingen.

### Hintergrund der Proteste

Ausgangspunkt und offizielles Motiv der Proteste sind die steigenden Benzin- und Lebensmittelpreise im Land, die vor allem den ärmeren Bevölkerungsteilen schwer zu schaffen machen. Die steigenden Preise gehen einher mit einer allgemein wachsenden Inflation. Die Ursachen dieser ökonomischen Krise sind komplex und umstritten, ebenso wie die Möglichkeiten der aktiven Einflussnahme der ugandischen Regierung. Kritiker und Oppositionelle sehen die Regierung in der Verantwortung, zum einen durch mangelnde Haushaltsdisziplin und eine nicht sinnvolle Ausgabenpolitik, zum anderen hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Reaktion auf die Preisanstiege. Die Opposition fordert ein aktives Eingreifen der ugandischen Regierung, unter anderem durch Steuersenkungen. Die Regierung selbst dagegen sieht die steigenden Preise als alleiniges Resultat externer Faktoren und der allgemeinen weltwirtschaftlichen Lage. Man sehe keine Möglichkeiten der staatlichen Intervention zur Senkung der Preise, hieß es wiederholt aus ugandischen Regierungskreisen.

Die zunehmend verbreitete Wahrnehmung in der Bevölkerung ist jedoch, dass die ugandische Regierung die Anliegen der Bürger, vor allem der ärmeren Schichten, weitgehend ignoriert. Die Erklärung seitens der Regierung, man könne der Krise nicht wirtschaftspolitisch entgegensteuern, klingt für viele Bürger wenig glaubhaft angesichts von enormen Ausgaben für andere Vorhaben, darunter die vielfach kritisierte Anschaffung von russischen Kampfflugzeugen (für geschätzte 740 Millionen Dollar), sowie die mit enormen Kosten verbundene Vereidigungszeremonie des Präsidenten. Das Zusammenspiel dieser Entwicklungen führt bei Teilen der Bevölkerung offensichtlich zu einer

allgemeinen Frustration über den gerade erst im Amt bestätigten Präsidenten und seine Regierung.

Der Opposition haben diese Entwicklungen unerwartet schnell zu einem dramatischen Comeback verholfen. Noch vor zwei Monaten, kurz nach dem herben Wahlverlust, galten die Oppositionsparteien als extrem geschwächt und in der näheren Zukunft wohl primär mit sich selbst beschäftigt. Aber durch das erfolgreiche Aufgreifen der wirtschaftlichen Probleme als Kernthema zur Mobilisierung von Protesten konnte die „Schockstarre“ schnell überwunden werden. Dabei sind die Oppositionsakteure mit dem Vorwurf konfrontiert, das Thema letztlich nur für Anti-Regierungsproteste und die eigene Profilierung zu instrumentalisieren. In der Tat hat es seitens der Oppositionsparteien bisher wenig konkrete inhaltliche Vorschläge zur Bewältigung der Probleme gegeben.

Prominenten Oppositionspolitikern verschafften die aktive Teilnahme an den Protesten und die damit verbundenen medienwirksamen Festnahmen (und zum Teil Misshandlungen unter den Augen der Öffentlichkeit) einen starken Popularitätsschub. Vor allem Kizza Besigye vom Forum for Democratic Change (FDC) konnte nach drei Niederlagen bei den Präsidentschaftswahlen sein weit verbreitetes Verliererimage erfolgreich abstreifen zugunsten einer Wahrnehmung als standhafter und - zumindest für den Moment – unangefochtener Führer der Opposition. Die zunächst weitgehend belächelte Ankündigung einer „Kampagne des langfristigen zivilen Widerstandes“ seitens der Opposition kurz nach den Wahlen, scheint sich nun in im Rahmen der „Walk to Work“-Proteste in die Realität umzusetzen.

Genau hier setzt der Vorwurf der Regierung an, die die Proteste als illegitim ansieht, da sie in letzter Konsequenz auf den „gewaltsamen Sturz der demokratisch gewählten Regierung“ abzielten. Die Opposition habe im demokratischen Kampf um die Macht durch Wahlen versagt und lehne nur deshalb das Wahlergebnis ab. Nun wolle sie auf anderem Wege einen Umsturz herbeirufen, so die Stimmen aus der Regierung.

**UGANDA**

PETER GIRKE  
MATHIAS KAMP

**Mai 2011**

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

**Reaktion der Sicherheitskräfte und Eskalation der Gewalt**

Die Regierung deklarierte die Fußmärsche zum Arbeitsplatz als illegale Protestform. Sie kämen einer politischen Demonstration gleich, vor allem wenn es durch die Teilnahme bekannter Oppositionspolitiker zur Ansammlung großer Menschenmengen käme, und bedürfe daher einer Genehmigung sowie der Absprache mit der Polizei. Das Demonstrationsrecht war bereits im Vorfeld der Wahlen aus Gründen der „nationalen Sicherheit“ eingeschränkt worden.

Von Beginn der Kampagne an ließ die ugandische Regierung keinen Zweifel an ihrer „Null-Toleranz-Strategie“ aufkommen. Zahlreiche Oppositionspolitiker, allen voran Kizza Besigye und Norbert Mao, Präsident der Democratic Party, wurden wiederholt festgenommen, zum Teil nachdem sie nur wenige Meter gelaufen waren. Offensichtliches Ziel war es, die Protestmärsche im Keim zu ersticken. Die Sicherheitskräfte verwendeten dabei von Mal zu Mal aggressivere Methoden. Dies zeigte sich zum einen bei den Festnahmen einiger Oppositionspolitiker, die von vielen Kritikern als menschenunwürdig bezeichnet wurden, sowie im Vorgehen gegen wachsende Menschenmengen, die sich den Protesten anschlossen. Die medienwirksamen Verhaftungen und die Blockierung der Protestmärsche waren immer wieder Auslöser für gewaltsame Ausschreitungen vor allem in der Hauptstadt Kampala. Protestierer reagierten mit Straßenbarrikaden und brennenden Reifen auf das Vorgehen der Sicherheitskräfte. Diese wiederum machten massiv Gebrauch von allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Diese umfassten zum einen den Einsatz von Tränengas, oft in einer derart exzessiven und unkoordinierten Weise, dass zahlreiche Unbeteiligte von den Folgen betroffen waren und mitunter selbst Schulen und Krankenhäuser betroffen waren. Zudem wurde auch wiederholt mit scharfer Munition geschossen. In der Folge kam es zu zahlreichen Verletzten und sogar Toten.

Die Hauptstadt Kampala befindet sich seit Beginn der Proteste regelmäßig im Ausnahmezustand. Das Stadtbild ist geprägt

von extremen Sicherheitsmaßnahmen. Nicht nur die Polizei, sondern auch die zur Unterstützung herbeigerufene Militär zeigt permanent massive Präsenz. Zwar konzentrieren sich die Proteste zum Großteil auf die Oppositionshochburg Kampala, aber auch in anderen regionalen Zentren wie zum Beispiel Gulu, Jinja und Masaka, kam es wiederholt zu ähnlichen Protesten und in der Folge zu gewaltsamen Ausschreitungen.

Zu den bisher schwersten Auseinandersetzungen kam es am 29. April als Reaktion auf die Festnahme Kizza Besigyes am Vortag. Bereits zwei Wochen zuvor war Besigye im Rahmen des gewaltsamen Vorgehens der Sicherheitskräfte verletzt worden. Ein Gummigeschoss hatte seine rechte Hand getroffen. Am 28. April schließlich erreichte das Vorgehen gegen ihn eine neue Dimension. Polizisten und allen voran zivile Agenten eines staatlichen Sicherheitsdienstes zerrten Besigye, der aufgrund der vorherigen Auseinandersetzungen und der ihm auferlegten Kautionsbedingungen nicht mehr zu Fuß protestierte, aus seinem Auto. Zuvor waren seine eigenen Sicherheitsleute verprügelt, die Scheiben seines Wagens eingeschlagen und Besigye und seine Begleiter aus nächster Nähe im Auto mit Pfefferspray besprüht worden. Vor den Augen der zahlreich anwesenden Medienvertreter wurde der sichtlich verletzte Besigye auf einen Polizei-Pickup geworfen und abtransportiert.

Die Nachricht und vor allem die Bilder der Festnahme führten zu einem Sturm der Entrüstung. Während Besigye zur Behandlung seiner Verletzungen nach Nairobi geflogen wurde, kam es am Folgetag in Kampala und anderen Städten zu heftigen Ausschreitungen. Angesichts der überwältigenden Proteste reagierten die Sicherheitskräfte mit zuvor nicht gekannter Brutalität. Polizei und Militär lieferten sich Hetzjagden mit Demonstranten, zur Auflösung der Menschenmengen wurde nicht nur Tränengas eingesetzt, sondern auch mit scharfer Munition geschossen. Am Ende des Tages boten sich in vielen Teilen Kampalas Bilder der Verwüstung, brennende Straßenbarrikaden hatten vielerorts ihre Spuren hinterlassen. Die Angaben zur Zahl der Todesopfer bleiben bis heute undurchsichtig. Human Rights

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## UGANDA

PETER GIRKE  
MATHIAS KAMP

Mai 2011

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

Watch beziffert die Zahl der Toten bis einschließlich 29. April auf insgesamt neun.

### Rolle der Medien

Zwar hatte die ugandische Regierung versucht, die Berichterstattung über die Proteste und Ausschreitungen zu limitieren. Die Fernsehstationen wurden angewiesen, keine Live-Bilder von den Geschehnissen zu zeigen, auch Radiostationen wurden ermahnt, die Proteste nicht durch Live-Berichte „anzuheizen“. Zudem tauchte ein Schreiben der Uganda Communications Commission, der für Kommunikationsmedien zuständigen Regulierungsbehörde, auf, in der alle Internetanbieter aufgefordert wurden, den Zugang zu Facebook und Twitter temporär zu blockieren. Das konnte jedoch nicht verhindern, dass die Medien durchaus Bilder der Proteste und auch der von den Sicherheitskräften ausgehenden Gewalt zeigten. Die brutale Festnahme von Besigye wurde vor laufender Kamera vollzogen und die Bilder fanden nicht nur Eingang in die ugandischen Abendnachrichten, sondern auch in internationale Nachrichtensendungen. Die Zeitungen berichteten nach jedem Protesttag mit drastischen Fotos von den Geschehnissen. Auch soziale Medien wie Facebook und Twitter bekamen eine bisher in Uganda nicht bekannte Bedeutung für die Vernetzung und Berichterstattung.

### Reaktionen auf die Gewalt

Zahlreiche Beobachter verurteilten die Einsätze des ugandischen Sicherheitsapparats als brutal und unverhältnismäßig. Internationale Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch und Amnesty International riefen die ugandische Regierung zum Schutz der Menschenrechte auf. Auch aus der ugandischen Zivilgesellschaft erhob sich Protest. So rief zum Beispiel die einflussreiche Vereinigung der Anwälte in Uganda einen dreitägigen Streik aus. Verschiedene Frauenorganisationen organisierten ihrerseits einen Protestmarsch. Beide Veranstaltungen verliefen friedlich und geordnet, ohne Eingreifen der Sicherheitskräfte.

Nicht nur Oppositionspolitiker äußerten ihre Kritik, sondern auch einige Abgeordnete der

Regierungspartei NRM (National Resistance Movement) distanzieren sich vom gewaltsamen Vorgehen von Polizei und Militär. Die Regierung jedoch, allen voran der zuständige Innenminister Kirunda Kivejinja, stellten sich ausdrücklich hinter die Sicherheitskräfte und verteidigten ihr Vorgehen. Man müsse die Sicherheit gewährleisten und Staat und Regierung gegen „gewaltsame Umsturzbestrebungen“ verteidigen. Auch Präsident Museveni äußerte sich nach langem Schweigen persönlich. Auch er verteidigte die Gewalt – am Tag der größten Eskalation hatte sein eigener Sohn das Kommando über die Sicherheitskräfte inne – und bezeichnete die Demonstranten als „Idioten“.

Die wahrgenommene Weigerung der Regierung, auf die vorgetragenen ökonomischen Anliegen einzugehen, die Abwertung der Proteste als „Unsinn“ und das gewaltsame Vorgehen scheinen die Frustration in der Bevölkerung zu steigern und einen Prozess der Entfremdung zwischen Regierung und Bevölkerung in Gang zu setzen.

### „Showdown“ am Tag der Vereidigung

Auch während Besigyees Abwesenheit zur Behandlung in Kenia gingen die Proteste weiter, wenn auch mit geringerer Intensität. Mit Besigye fehlte scheinbar die zentrale Leitfigur. Für die Woche rund um die Vereidigung Musevenis als Präsident für eine weitere Amtszeit wurden besondere Demonstrationen angekündigt, die jedoch zunächst mehr oder weniger im Keim erstickt wurden beziehungsweise ohnehin nicht auf große Resonanz stießen. Während zwei Tage vor der Vereidigung Bilder von pink gefärbten Oppositionspolitikern um die Welt gingen – die Polizei hatte eine pinke Flüssigkeit aus Wasserwerfern gegen die Demonstranten eingesetzt - bahnte sich in Kenia ein weiteres Drama an. Besigyees lang erwartete Rückkehr war für den Morgen des 11. Mai, den Vortag der Vereidigung, geplant und angekündigt. Dann jedoch überschlugen sich die Nachrichten: Besigye war am Flughafen von Nairobi an der Rückkehr nach Uganda gehindert worden. Während einige Oppositionspolitiker schon von „Exilierung“ sprachen und Unterstützer Besigyees sich in einigen Teilen Kampalas kleinere Kämpfe

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## UGANDA

PETER GIRKE  
MATHIAS KAMP

Mai 2011

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

mit der Polizei lieferten, gingen die Mutmaßungen verschiedene Richtung. Es bleibt nach wie vor im Dunklen, was zur Hinderung Besigyes geführt hatte. Beobachter vermuten einen Versuch seitens der ugandischen Regierung, seine Einreise um einige Tage zu verzögern, um die Vereidungszeremonie nicht stören zu lassen. Nach langem hin und her wurde Besigye jedoch die Einreise am folgenden Tag, also dem Tag der Vereidigung, ermöglicht. Beobachter sehen den Grund hierfür in diplomatischem Druck.

Somit kam es also am 12. Mai zum vorläufigen Höhepunkt. Während Museveni unter Anwesenheit zahlreicher Staatsgäste seinen Schwur auf die Verfassung ablegte, kehrte Besigye unter dem Jubel tausender Anhänger nach Uganda zurück. Die Fahrt vom Flughafen Entebbe zur Hauptstadt Kampala – normalerweise eine Fahrtzeit von ca. einer Stunde - gestaltete sich zum zehnstündigen Marathon. Begleitet von einem starken Aufgebot von Sicherheitskräften quälte sich Besigyes Konvoi durch jubelnde Massen. Am Rande des Konvois sowie bei der abendlichen Kundgebung in Kampala kam es erneut zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Polizei und Militär versuchten, Besigyes Anhängerschaft auseinanderzutreiben. Nach unbestätigten Medienangaben kamen durch den Einsatz scharfer Munition erneut mindestens fünf Menschen ums Leben.

### Bewertung der Protestbewegung

Was als eher kleine Protestaktion und Fußmarsch zum Arbeitsplatz begann, hat sich innerhalb weniger Wochen zu einer handfesten politischen Krise im Land entwickelt. Die Proteste haben, vor allem wohl infolge der exzessiven Gewalteinsetze seitens der Sicherheitskräfte und der Rhetorik seitens der Regierung eine unerwartete Eigendynamik gewonnen. Der Opposition ist es gelungen, die ökonomische Situation und die Preisentwicklung zur Protestmobilisierung zu nutzen. Dabei wird jedoch auch klar, dass sich die Motivlage mit allgemeinen politischen Anliegen vermengt. Auch seitens Teilen der Bevölkerung scheint zunehmend eine allgemeine Frustration über die Regierung in den Protesten Ausdruck zu finden.

Trotz der überraschenden Entwicklungen bleibt fraglich, inwieweit in den Protesten eine Massenbewegung zum Ausdruck kommt. Momentan ist hier eher Skepsis angebracht. Zwar gibt es auch aus Reihen der Zivilgesellschaft eine gewisse Beteiligung an den Protesten, ein breites Bündnis ist jedoch nicht erkennbar. Zudem scheinen die Proteste wenig systematisch und langfristig zu verlaufen, sondern sind nach wie vor personenorientiert und eher sporadischer Natur, in Reaktion auf bestimmte Ereignisse und Nachrichten. So gestalteten sich die Proteste zum Beispiel wesentlich zögerlicher während Besigyes Abwesenheit oder lösten sich bei einsetzendem Regen sogar einfach auf.

Dennoch haben die Proteste eine in Uganda bisher ungewöhnliche Quantität und Qualität erreicht. Sie bringen die Regierung unter Druck und verleihen der nach der Wahl geschwächten Opposition Aufwind. Neben Besigye als Leitfigur profitieren auch andere Oppositionspolitiker von der Öffentlichkeitswirksamkeit der Proteste, wie zum Beispiel Norbert Mao von der Democratic Party, der mit regelmäßigen Festnahmen und Gefängnisaufenthalten Schlagzeilen machte. Für die Opposition stellen die bisherigen Entwicklungen sicherlich einen Erfolg dar. Die Regierung wurde in die Defensive gedrängt und zu nervösen Reaktionen gezwungen. Solange es der Regierung nicht gelingt, jenseits von gewaltsamer Niederschlagung Antworten auf die Proteste zu finden, könnte die Opposition wohl weiter an Zuspruch und Sympathien gewinnen.

Die ugandische Regierung scheint bisher keine klare politische Antwort auf die Proteste und die resultierende Krise zu haben. Das gewaltsame Vorgehen gegen die Demonstranten zeugt von Nervosität und der Sorge, die Proteste könnten außer Kontrolle geraten. Der Ansatz, die Proteste im Keim zu ersticken, hat sich bisher als nicht sehr erfolgreich erwiesen, vielmehr verlieh das harte Vorgehen den anfangs belächelten Protestversuchen deutlich an Auftrieb. Es scheint, als habe sich die Regierung mit ihrer Strategie in eine Sackgasse begeben, aus der ein schneller Ausweg schwierig ist. Es ist aktuell schwer einzuschätzen, in wel-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## UGANDA

PETER GIRKE  
MATHIAS KAMP

Mai 2011

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

che Richtung sich der politische Umgang mit der Krise entwickeln wird. Dem (auch internationalen) Ansehen der Museveni-Regierung sind bereits Schäden zugefügt worden.

### Parallelen zu Nordafrika?

Manche Beobachter erkennen im unerwartet gewaltsamen Vorgehen der ugandischen Regierung auch eine Reaktion auf die Geschehnisse im nordafrikanischen und arabischen Raum. Während die Regierung den Vergleich mit Ländern wie Ägypten und Tunesien vehement zurückweist, scheint gleichzeitig die Angst vor ähnlichen Entwicklungen in Uganda auf Seiten der politischen Elite durchaus verbreitet zu sein. In den Augen vieler Kritiker resultiert die ugandische „Null-Toleranz-Strategie“ aus dem Bemühen der Regierung, einer Protestdynamik, wie sie sich in Nordafrika entfaltet hat, Einhalt zu gebieten.

Zwar fühlen sich einige der Aktivisten und Demonstranten durchaus durch die Ereignisse in Ägypten und Tunesien inspiriert, dennoch lassen sich nur begrenzt Parallelen ziehen. Ähnliche Entwicklungen sind in Uganda kurz- und mittelfristig kaum zu erwarten. Gründe dafür sind unter anderem die weitgehend ländliche Prägung Ugandas und die Tatsache, dass die semiliterate Masse ebenso wie die Mittelklasse des Landes noch nicht langfristig mobilisierbar erscheinen. Daneben spielt auch die Geschichte eine Rolle. Die gewaltdominierte Vergangenheit ist noch immer tief im kollektiven Bewusstsein verankert und führt zu einem Wunsch nach Stabilität und Frieden, die durch die NRM-Regierung – zumindest bisher – weitgehend gewährleistet wurden. Auch wird die wichtige Loyalität des Militärs kaum in Frage gestellt, vor allem aufgrund der gemeinsamen Erfahrung im Befreiungskampf. Die ethnische und sprachliche Vielfalt könnte zudem die Herausbildung einer Massenbewegung mit nationalem Charakter erschweren. Bisher fehlt es letztlich auch noch an einer kritischen Masse von arbeitslosen, gebildeten, jungen und städtischen Menschen, die bei Protestbewegungen in anderen Ländern einen durchaus relevanten Faktor darstellten. Dies könnte sich aller-

dings im Zuge der Urbanisierung, der demographischen Entwicklung und der wachsenden Jugendarbeitslosigkeit in naher Zukunft durchaus ändern.

### Folgen für die ugandische Gesellschaft und Politik

Die aktuellen Entwicklungen bedeuten einen Rückschlag für die Demokratisierung Ugandas und die Entwicklung des noch jungen Mehrparteiensystems. Die in Anbetracht der konflikträchtigen Geschichte des Landes besonders bedeutende Entwicklung einer demokratischen Kultur ist vor neue Herausforderungen gestellt. Langjährige Bemühungen – insbesondere auch seitens zivilgesellschaftlicher Akteure und internationaler Organisationen – zur Vertiefung des demokratischen Verständnisses und zur Etablierung eines konstruktiven Dialogs der verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Akteure im Rahmen eines pluralistischen demokratischen Systems laufen Gefahr, der aktuellen Eskalation zum Opfer zu fallen. Es ist zu befürchten, dass die Entwicklungen der letzten Wochen auch mittelfristig zu einer verstärkten Polarisierung der Gesellschaft und einer Radikalisierung der politischen Lager führen wird. Dies wird den zur Bewältigung der Herausforderungen des Landes notwendigen Dialog der politischen und gesellschaftlichen Kräfte erschweren.

Angesichts der gegenwärtigen Situation scheinen die Lager weit vom von besorgten Beobachtern geforderten Dialog zur Überwindung der Krise entfernt. Zu verhärtet sind die Fronten, auch auf persönlicher Ebene zwischen den Erzrivalen Museveni und Besigye. Zudem ist es unwahrscheinlich, dass die Vorbedingungen für einen Dialog seitens der Opposition – hierzu zählen die Forderungen nach dem Rücktritt von Polizeichef und Innenminister sowie nach Neuwahlen – von der Regierung auch nur im Ansatz aufgegriffen werden.

Auch wenn abzuwarten bleibt, welches langfristige Potential die aktuelle Protestbewegung aufweisen wird, so zeichnet sich dennoch ab, dass die Entwicklungen der letzten Wochen schon jetzt zu einer Veränderung der Lage in Uganda geführt haben, die auch

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## UGANDA

PETER GIRKE  
MATHIAS KAMP

Mai 2011

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

langfristige Wirkungen mit sich bringt. Die Regierung ist in ihrem Ansehen innerhalb wie außerhalb des Landes geschwächt. Das Regieren wird sich für Museveni in der gerade begonnenen Legislaturperiode trotz komfortabler Mehrheiten wohl schwieriger gestalten als zuvor. Ihm steht eine Opposition gegenüber, die in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt ist und gezeigt hat, dass sie in der Lage ist, populäre Proteste zu mobilisieren. Inwieweit die Oppositionsparteien es verstehen werden, dieses gewonnene Kapital in den langfristigen Ausbau ihrer Unterstützerbasis umzusetzen, bleibt zu beobachten. Auch stellt sich die Frage, ob und zu welchem Grad die Oppositionsparteien die drängenden Anliegen der Bevölkerung nicht nur zur Protestmobilisierung ausnutzen, sondern auch willens und in der Lage sind, diese in programmatischen Alternativen und konstruktiven Politikvorschlägen aufzugreifen.

Die zukünftigen Entwicklungen im Land hängen zunächst einmal davon ab, welche weiteren Dynamiken die Proteste entfalten und ob der Druck auf die Regierung langfristig bestehen bleibt. Wird sich die Lage beruhigen oder kommt es zu weiteren Eskalationen? Im Moment lässt sich diese Frage kaum beantworten. Das unerwartete Aufkeimen der Proteste zeigte bereits die Schwierigkeit, eine zuverlässige Prognose der politischen Entwicklungen im Land abzugeben. Fraglich bleibt dabei auch, inwieweit die Proteste und die zugrunde liegende Frustration in der Bevölkerung zu einer anhaltenden Kluft zwischen der Regierung und der Bevölkerung führen, oder ob sie unter Umständen anderen Konfliktlinien, zum Beispiel entlang ethnischer Zugehörigkeiten und regionaler Disparitäten, zusätzlichen Auftrieb verleihen.

Für die Entwicklung des Landes ist eine möglichst schnelle Überwindung der Krise von Bedeutung, zumal in naher Zukunft große Herausforderungen bewältigt werden müssen. Hierzu zählen zum Beispiel die demographische Struktur und die wachsende Jugendarbeitslosigkeit ebenso wie die Frage nach dem sinnvollen Umgang mit den zu erwartenden Öleinnahmen. Um die richtigen politischen Antworten auf diese Herausfor-

derungen zu finden, ist die Teilhabe der Gesellschaft von großer Bedeutung, was unter anderem den konstruktiven Dialog mit Opposition und Zivilgesellschaft erfordert. Ein solcher Dialog scheint aktuell in weite Ferne gerückt. Gelingt es der Regierung jedoch nicht, die richtigen Signale zu senden und den Herausforderungen auf überzeugende Weise zu begegnen, so wird die Frustration in der Bevölkerung langfristig weiter anwachsen. Sie könnte sich dann auch in anhaltenden Protesten gegen eine zunehmend autoritär agierende Führung des Landes Ausdruck verleihen.